

Entschließungsantrag

der Abgeordneten Jürgen Trittin, Agnieszka Brugger, Dr. Frithjof Schmidt, Annalena Baerbock, Dr. Franziska Brantner, Uwe Kekeritz, Tom Koenigs, Dr. Tobias Lindner, Omid Nouripour, Cem Özdemir, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Doris Wagner und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum NATO-Gipfel am 8./9. Juli 2016 in Warschau

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Der NATO-Gipfel am 8. und 9. Juli 2016 in Warschau findet in einem veränderten sicherheitspolitischen Umfeld statt. Krisen und Kriege, zerfallene und zerfallende Staaten im Süden wie im Osten Europas stellen die Staaten Europas genauso wie die USA und Kanada und somit das transatlantische Bündnis vor neue Herausforderungen.

Russland hat mit der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim und dem Vorgehen in der Ost-Ukraine zentrale Pfeiler der europäischen Sicherheitsarchitektur in Frage gestellt: die nationale Souveränität und territoriale Integrität der Staaten, die Verpflichtung zur gewaltlosen Konfliktlösung und die Ablehnung gewaltsamer Grenzverschiebungen sowie das Einhalten internationaler Verträge. Es hat auch seine Pflichten aus dem Budapester Memorandum verletzt. Diese Verstöße sind inakzeptabel. Vor diesem Hintergrund muss die Bedrohungsperzeption der östlichen NATO-Mitgliedstaaten ernst genommen werden. Gleichzeitig gilt aber auch: Sicherheit in Europa wird es nur mit und nicht gegen Russland geben.

Es ist zu befürchten, dass die Antworten, die in Warschau gegeben werden sollen, diesen umfassenden neuen Herausforderungen nicht gerecht werden. Sie beschränken sich vorrangig auf den Bereich der Bewältigung symmetrischer Konflikte und setzen vor allem auf Abschreckung. Sie adressieren fast ausschließlich die Herausforderungen im Osten.

Die notwendigen Maßnahmen der Rückversicherung für die osteuropäischen Bündnispartner werden nicht verbunden mit einem Dialog über konkrete Schritte zur Abrüstung und Rüstungskontrolle mit Russland. Im Gegenteil. Die NATO setzt auf konventionelle Aufrüstung im Bereich Panzerwaffen, sie überführt die US-Raketenabwehr in eine NATO-Abwehr, die nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu einer weiteren Verschlechterung der Beziehungen beitragen wird. Sie hält an US-amerikanischen Atomwaffen in Deutschland und Europa und den Modernisierungsplänen fest. Von einer Wiederbelebung des NATO-Russland-Rates kann trotz stattgefundenem Treffen noch nicht die Rede sein. Die Mitgliedstaaten müssen ihren Willen, diesen

Dialog wieder aufzunehmen, gegenüber Russland deutlich artikulieren. Gleichzeitig muss Russland auch bereit sein, dieses Angebot anzunehmen.

Der NATO-Gipfel wird eine gemeinsame Erklärung der Europäischen Union und der NATO zum Gegenstand haben. Eine Abstimmung zwischen beiden Organisationen ist überfällig, um mehr Kohärenz zu erreichen. Kohärenz ist die Grundvoraussetzung, damit die Bemühungen der Europäischen Union zur Assoziierung der Ukraine und Umsetzung der Vereinbarung von Minsk nicht gefährdet werden.

Gerade in der Bewältigung der Herausforderungen im Süden zeigt sich die Begrenztheit einer Politik der Abschreckung. Terrorismus und Staatszerfall lassen sich nicht durch Abschreckung bewältigen. Wer Fluchtursachen bekämpfen will, darf Staatsaufbau und wirtschaftliche Zusammenarbeit nicht vernachlässigen und nicht durch eine vor allem militärische Flüchtlingsabwehr gefährden.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. sich für ein weiteres Festhalten der NATO an der NATO-Russland-Akte einzusetzen;
2. sich für einen Stopp des NATO-Raketenabwehrsystems einzusetzen;
3. den berechtigten Sicherheitsinteressen der östlichen NATO-Partner durch geeignete Rückversicherungsmaßnahmen, wie das Air Policing im Baltikum und die rotierende Präsenz der NATO in Osteuropa, gerecht zu werden;
4. eine dauerhafte Stationierung von Truppen in substantiellem Umfang im östlichen NATO-Bündnisgebiet abzulehnen, so wie es in der NATO-Russland-Grundakte festgehalten ist;
5. sich gegen den Einsatz der NATO in der Ägäis und einen möglichen Einsatz im Mittelmeer zur Abwehr von Geflüchteten auszusprechen und sich für eine zivile Seenotrettung einzusetzen, die die NATO Mission schnellstmöglich ersetzt;
6. sich dafür einzusetzen, dass Mitgliedstaaten der NATO keine Waffen an die Konfliktparteien in Krisenregionen, wie etwa in die Ukraine, nach Saudi-Arabien und in die übrigen Golfstaaten, liefern;
7. daran festzuhalten, dass ein NATO-Beitritt für die Ukraine, Georgien und die Republik Moldau kurz- und mittelfristig als Option ausscheidet, von dem Vorhaben Abstand zu nehmen, den Verteidigungsetat auf 2 Prozent des BIP anzuheben, und stattdessen endlich ihre Zusagen zu erfüllen, 0,7 Prozent des BNE in die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit zu investieren;
8. sich für konventionelle sowie nukleare Abrüstung einzusetzen, unter anderem indem sie für den Abzug der US-amerikanischen Atomwaffen aus Deutschland und Europa und eine klare Abkehr von den Modernisierungsplänen eintritt, die Erklärung der Humanitären Initiative unterzeichnet und die Ziele des OSZE-Vorsitzes im Bereich konventioneller Rüstungskontrolle konsequent verfolgt und sich in diesem Zusammenhang für die Wiederbelebung, den Ausbau und die Modernisierung der konventionellen Rüstungskontrolle einsetzt.

Berlin, den 5. Juli 2016

Katrin Göring-Eckardt, Dr. Anton Hofreiter und Fraktion

Begründung

Die NATO führt derzeit die „größte militärische Anpassung seit dem Ende des Kalten Krieges“ durch (http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_130923.htm). Diese Neuausrichtung wird damit begründet, dass die Allianz sich „beispiellosen Sicherheits Herausforderungen im Osten und im Süden“ gegenüber sieht. Beim NATO-Gipfel in Warschau am 8. und 9. Juli 2016 werden deshalb laut Generalsekretär Jens Stoltenberg Entscheidungen getroffen, um „unsere Abschreckung und Verteidigung gegen Bedrohungen aus allen Richtungen“ zu stärken (http://www.nato.int/cps/en/natohq/opinions_132351.htm).

Seit 2014 haben Russland und die NATO vermehrt Übungen und Manöver durchgeführt, wobei Russlands Übungen vor allem in direkt angrenzenden Gebieten zur NATO stattgefunden haben. Russland hat dabei überwiegend auf unangekündigte „Snap Exercises“ gesetzt. Das trägt nicht zu mehr Sicherheit in Europa bei. In dieser angespannten Situation halten wir strikt an der NATO-Russland-Grundakte fest.

In diesem Rahmen unterstützten wir Rückversicherungsmaßnahmen wie das verstärkte Air Policing über den baltischen Mitgliedstaaten der NATO und eine rotierende Präsenz der NATO in Osteuropa. Eine dauerhafte Truppenstationierung in substantieller Größe im östlichen Bündnisgebiet hingegen lehnen wir ab. Eine Eskalationsspirale muss verhindert werden. Dass der ursprünglich gegen den Iran gerichtete Raketenschild auch nach dem Abschluss eines Atom-Abkommens mit dem Iran weiter vorangetrieben wird, ist ein Fehler und belastet die Beziehungen zu Russland unnötig. Ein Festhalten am 2-Prozent-Ziel der NATO würde für Deutschland Aufstockung um 25 Milliarden Euro für den Verteidigungsetat bedeuten. Zusammen mit der bereits angekündigten Anschaffung neuer Kampfpanzer beteiligt die Bundesregierung sich damit an einem gefährlichen Rüstungswettlauf. Stattdessen müssen wir offen für einen Dialog mit Russland bleiben, um auf eine Verständigung hinzuarbeiten. Deswegen bestärken wir die Bundesregierung darin, an der Position festzuhalten, dass ein NATO-Beitritt der Ukraine, Georgiens und der Republik Moldaus kurz- und mittelfristig keine Option ist. Diese Staaten Ostmitteleuropas benötigen dringend eine neue Option, eine internationale Sicherheitsgarantie jenseits des nordatlantischen Bündnisses, die es ihnen ermöglicht, aus der unbequemen und gefährlichen Situation eines Puffers zu entkommen. Diese Perspektive muss eine gangbare zusätzliche Alternative zur freien Bündniswahl darstellen. Darüber hinaus müssen alle Seiten durch eine deeskalierende Rhetorik zur Entspannung und Vertrauensbildung beitragen. Die NATO und Russland müssen den NATO-Russland-Rat dauerhaft wiederbeleben.

Außerdem müssen die Abrüstungsverhandlungen wiederaufgenommen werden. Wenn die NATO ihren eigenen Anspruch als Sicherheitsallianz für den Frieden erfüllen will, muss sie ihren Beitrag für die weltweite Abrüstung im nuklearen wie im konventionellen Bereich leisten und die Ziele des OSZE-Vorsitzes im Bereich konventioneller Rüstungskontrolle konsequent unterstützen.

Im Hinblick auf die Instabilität, die von zerfallenen und zerfallenden Gesellschaften ausgeht, hat die NATO keine Antwort. Sie beteiligt sich an der kurzfristigen Abriegelung Europas – in der Ägäis und nach dem NATO Gipfel in Warschau möglicherweise auch im Mittelmeer und damit an einer Militarisierung der europäischen Flüchtlingspolitik. Das Bündnis hat die Lektion immer noch nicht gelernt: Asymmetrischen Herausforderungen kann man mit symmetrischen Mitteln nicht beikommen.

